

Allerlei Grünes



Nr.4 /II-2011

www.gruene-tuttlingen.de

Ἡὐκλιεσαυγα:βε

(Kö) Bundeskanzlerin Merkel hat im Bundestag den Willen zum Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 bekräftigt: „Es handelt sich um eine Herkulesaufgabe. Ohne Wenn und Aber.“ So, aha. Ironischerweise bedient sich die Kanzlerin eines griechischen Nationalheros, Herakles, der für seine Stärke bekannt war und somit zu göttlichen Weihen gelangte. Man könnte sich nun fragen, ob es angesichts des finanziellen Ruins des Eurolandes Griechenland von Vorteil ist diese Stärken zu beschwören um die Energiewende und den Atomsausstieg zu meistern. Das Leben des Götterhelden endete im Übrigen auf dem selbstaufgetürmten Scheiterhaufen. Doch bevor Herakles zu Asche wurde, stieg er in den Olymp auf und erlangte Unsterblichkeit. In diesem Zusammenhang bekommt die Äußerung von A. Merkel eine ganz andere Intention.



Bundesdrucksache 17/5672 des Deutschen Bundestages:

Der Strom wird knapp, im Winter, im Süden, glaubt man der Bundesnetzagentur. Was tun? Strom bunkern ist noch sehr umständlich. Kaltreserven müssen her und dazu gehören auch die klimaschädlichen und unwirtschaftlichen KKW's. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat ein filmreifes Drehbuch dazu verfasst. Es trägt den Titel: *Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung*.
<http://drucksachen.bundestag.de/drucksachen/index.php>
(Nach dem Atomausstieg ist vor dem Atomausstieg)

OB - Wahl in Tuttlingen und keiner geht hin ?

(Kö) „Der derzeitige Stelleninhaber bewirbt sich wieder.“ Diesen Satz, den man häufig in Stellenanzeigen für die Wahl zum Oberbürgermeister oder Bürgermeister einer Kommune liest, beinhaltet sehr viel Substanz. Auf den ersten Eindruck wirkt die Information wie eine Art Hemmschuh oder unsichtbare vorgehaltene Hand, die zum Stoppen auffordert. All jene Bewerber/Innen, die den Tatendrang verspüren, ein so verantwortungsvolles öffentliches Amt ausüben zu wollen, fallen für den ersten Moment in eine Starre. Wie, da bewirbt sich der amtierende Stelleninhaber schon vor der eigentlichen Bewerbungsfrist? Zumindest lässt er (für sich) kostenlos seine Absicht verkündigen und setzt somit eine erste Duftmarke. Dieser Zusatz ist im Übrigen kein Muss oder eine Vorgabe. Er kann durchaus entfallen, wenn es die Gemeinde- oder Stadträte so wünschen. Ist er allerdings veröffentlicht, kann man davon ausgehen, dass das Gemeinde- oder Stadtoberhaupt ein gewisses positives Ansehen in den Fraktionen genießt, was wiederum für die/den potentielle/n Bewerber/ In ein Hinweis darauf ist, dass Oberhaupt wird von einer oder

mehreren Fraktionen gestützt. Sollte die Frustrationsschwelle noch nicht ganz erreicht sein, dann macht sich die/der Bewerber/In auf die Suche nach versteckten kleinen Hilfesuchen in selbiger Zeitung, die da heißen „Bürgermeisterkandidat gesucht.“ Wählergemeinschaft sucht ... für eine wirtschaftsstarke Stadt mit rund 35.000 Einwohnern, gelegen zwischen Alb, Baar und Schwarzwald... Zuschriften unter Chiffre.“ War die Suche erfolgreich, dann steht einer ersten Kontaktaufnahme nichts im Wege. So oder ähnlich läuft es derzeit in Tuttlingen, wo am **06. November** ein neuer OB gewählt werden muss. Wie es aussieht hat der Tuttlinger keine Wahl, kann nicht entscheiden zwischen Amtsinhaber oder Person X, Y, Z. Kann nur ankreuzen oder nicht oder einen anderen Namen mit Adresse notieren. Die Last des Kreuzes liegt also auf den Schultern der Tuttlingern. Keine einfache Last, oder? Ein Vergleich zwischen 2003 und heute könnte helfen: Viel muss Herr Beck an seinem alten Wahlflyer nicht ändern. Lediglich ein paar neue Photos und das Wahldatum, ansonsten ist der Inhalt aktueller denn je. Ohne Zweifel, die Stadt Tuttlingen hat sich

Ablasshandel mit der Schweiz

(Kö) Was haben Schweizer Banken und ein Stück Emmentaler gemein? Antwort: Löcher. Und in diese Löcher verschwindet Jahr für Jahr Geld, welches in Deutschland ungern versteuert wird. Und der Dumme? Ist wie immer der Ehrliche. Aber es naht die Rettung. Der deutsche Staat will massiv gegen diese schwarze Schwestern und Brüder vorgehen. Massiv? Nein, so schlimm nun doch nicht. „Ein Freifahrtschein für Schweizer Banken“ und als „Schlag ins Gesicht ehrlicher Steuerzahler“ nennt Gerhard Schick das wohlwollende geplante

Steuerabkommen mit den Eidgenossen. Eine neue Art des Ablasshandels könnte man es auch nennen. Künftig sollen die Deutschen für Kapitalerträge und -gewinne in der Schweiz zwar genauso eine Abgeltungsteuer von rund 26 % zahlen wie in der Heimat, und für bislang unversteuertes Geld aus der Vergangenheit werden je nach Dauer des Verstecks in der Schweiz zwischen 19 und 34 % fällig. Früher hätten Sie dafür den Spitzensteuersatz von 42 % zahlen müssen. Insgesamt vermutet man ca. 150 Milliarden

verändert, ist im Bereich Bildung attraktiver geworden, hat neue Gewerbebetriebe angesiedelt und ist durch den Neubau des Kreuzstraßentunnel vom Durchgangsverkehr teilweise entlastet worden. Ein innerstädtisches ausgewogenes Verkehrskonzept unter stärkerer Einbindung des ÖPNV und Radverkehrs sucht man aber vergebens. Die Belebung der Innenstadquartiere versteckt sich im Deckmantel der Stadtsanierung oder wird durch markfixierte Bauinvestoren erledigt. Viel eher propagiert man das Leben in der Peripherie und wirbt mit „Bauen statt Pendeln“. Ein netter Versuch, der aber angesichts des Zahlenvergleichs 600 Abwanderungen stehen rund 2.000 neue Arbeitsplätze gegenüber wohl andere Ursachen hat als zu übertriebene Baupreise oder nicht vorhandene Bauflächen. Ein weites Feld, das zu beackern ist. Wer die Egge steuert, liegt beim Votum des Wählers und wer den Wechsel will, muss für Bewerber/Innen sorgen. Dies gilt auch für Fraktionen, die sich in Zufriedenheit wiegen.

Benefizkonzert mit B 12 zu Gunsten des Fördervereins Dr' Karle der Karlschule am 12.11.2011, 20.30 Uhr, im Rittergarten, Tuttlingen
Veranstalter: KV Tuttlingen B90/Die Grünen, Eintritt: 8 €

Schwarzeuros bei unseren Nachbarn. Für die Berechnung ist unser Staat allerdings auf die Angaben der Banken angewiesen und die sind bekanntlich diskreter als ein Beichtstuhl. Und Anfragen von rund 600 deutschen Finanzämtern sind künftig beschränkt auf die Anzahl 999 in zwei Jahren. Also, das Steuerschlupf-land Schweiz macht den Anfang. Wer wird folgen: Lichtenstein, Österreich, etc.? Ob das Gesetz gebilligt wird, liegt am Bundesrat und hier hat schwarz/gelb keine Mehrheit, sofern keine Grünen oder Roten ausscheren.

Ansprechpartner

KV Tuttlingen

Thomas Kölschbach

Witthohstraße 38

78576 Emmingen-Liptingen

Tel: 07465-920093

koelschbach@t-online.de

OV Tuttlingen

Kurt Hauser

Astrid - Lindgren - Straße 2

78532 Tuttlingen

Tel.: 07461 - 7602883

khauser@arcor.de

OV Spaichingen

Alexander Efinger

Alleenstraße 52

78549 Spaichingen

Tel.: 07424 - 6892

alexander.efinger@t-online.de

Termine und Links

Jeden ersten Donnerstag im

Monat: Stammtisch B90/Die Grünen
OV Tuttlingen, Rittergarten; 20.00
Uhr; man muss kein Mitglied sein!

www.kontext-wochenzeitung.de

www.power-shift.de

Die CDU erfindet die Oberschule

„Bald wird es 35 Prozent weniger Schüler geben, darauf müssen wir uns einstellen“. Deshalb wollen wir Haupt- und Realschulen zu Oberschulen zusammenlegen.“ ...

„Wir machen keine linke Bildungspolitik, weil die in Deutschland gescheitert ist. Die Linke denkt nur an Strukturen, an die sich die Pädagogik anzupassen hat. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen Kinder, Bildungsinhalte und Bildungsziele. Danach erst kommen die Strukturfragen.“ (A. Schavan Bundesbildungsministerin CDU in einem Interview der Welt)

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Tuttlingen,
Witthohstraße 38, 78576 Emmingen –
Liptingen, Tel: 07465-920093
E-Mail: kv.tuttlingen@gruene.de
www.gruene-tuttlingen.de
Auflage: 300, Druck: Umweltpapier
V.i.S.d.P.: Thomas Kölschbach c/o
Bündnis90/Die Grünen KV Tuttlingen
Redaktion u. Satz: Thomas Kölschbach
(Kö); Martina Gräne (Gr);(Pm)
Pressemitteilung Grüne BW

Brief von Hermann unterstützt Stadtbahn Initiative

(Gr). Im Juni schrieb die Tuttlinger Stadtbahn-Initiative an Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne). Die Antwort des Ministers zeigt Unterstützung für das Anliegen der Tuttlinger und stellt bereits erste konkrete Verbesserungen in Aussicht. Hermann unterstrich in seinem Schreiben an Stadtbahn-Initiator Andreas Frankenhauser, dass die neue grün-rote Landesregierung sich verstärkt für den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs einsetze. Dabei gäbe es aber auch die engen finanziellen Spielräume der Verkehrspolitik zu beachten. Um das Tuttlinger Stadtbahn-Projekt schnell auf die Schiene zu bringen, riet Hermann den Tuttlinger Aktiven zweierlei: Erstens müsste in der Region ein Konsens hergestellt werden, dass man die Tuttlinger Stadtbahn einfordere, zweitens müsste noch eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt werden bevor Landesgelder nach Tuttlingen fließen könnten. H.-M. Schwarz, Fraktionsvorsitzender der Offenen Grünen Liste (OGL) im Kreistag Tuttlingen versteht Hermanns Brief deshalb als Aufforderung den Kreis der Unterstützer in Stadt und Kreis Tuttlingen zu erweitern. „Wenn hier weiterhin Blockaden gegen das Projekt bestehen“, so Schwarz, „werden auch keine

Ware oder Lebewesen?

(Kö) 240 Millionen Vögel werden jährlich durch die Firma Wiesenhof in Deutschland geschlachtet, ökonomisch und artgerecht am Fließband. Eine aktuelle Reportage der ARD zeigt offen, wie mit Geflügel verfahren wird ([## Guter Ansporn für weitere grüne Regierungsarbeit!](http://</p></div><div data-bbox=)

(Pm) Die aktuellen Umfragewerte für Baden-Württemberg von Infratest Dimap im Auftrag von SWR und Stuttgarter Zeitung sind aus grüner Sicht ein großer Vertrauensbeweis für die Regierungsarbeit der ersten 100 Tage. 29 Prozent der Wählerinnen und Wähler würden demnach ihr Kreuz erneut bei Bündnis 90/Die Grünen machen. Dazu erklärt Chris Kühn, Landesvorsitzender von B90 / Die Grünen:

Gorleben

(Kö) Große Aufregung herrschte im atomaren Zwischenlager als ein Messgerät einen „Strahlenalarm“ auslöste. Das Ministerium bestätigte, dass an mehreren Messstellen der zulässige Grenzwert fast erreicht wurde. Einen triftigen Grund konnte nicht genannt werden, aber eine erste Vermutung, die sprachlos macht: Der Messpunkt war um vier Meter versetzt worden, in Richtung Halle!



Landesgelder zur Verbesserung des Schienenverkehrs nach Tuttlingen fließen.“ Mit einem grünen Minister, der für sein Engagement für den Schienenverkehr im ländlichen Raum bekannt ist, werde das noch viel leichter fallen. Als besonders erfreulich werten Stadtbahn-Initiative und OGL, dass Minister Hermann ihnen bereits erste konkrete Verbesserung in Aussicht stellte. So prüfe das Verkehrsministerium in Zusammenarbeit mit der DB Regio AG derzeit, ob man nicht kurzfristig

programm.daserste.de/pages/programm/detailArch.aspx?id=B7F35A37A89F9C0E34209893BB2EBE02). Für Firmeninhaber Wesjohann steht jedenfalls fest: „Den Vögel ist es doch egal ob im Stall die Sonne scheint oder eine Lampe brennt.“ Eine wahrlich ethische reine Einstellung.



Fridingen besser an Tuttlingen anschließen könne. Dafür laufen Untersuchungen, ob ein Halt der Regionalexpress-Züge von Ulm über Tuttlingen nach Neustadt (Schw.) künftig auch in Fridingen möglich wäre. Damit gäbe es eine vertaktete und schnellere Anbindung, die mit einer Reisezeit von 15 Minuten gegenüber einer Busreisezeit von über 40 Minuten attraktiver wäre. Auch am Wochenende und in den Abendstunden wäre Fridingen so über die Schiene an Tuttlingen angebunden.

DEINE DATEN GEHÖREN DIR.

DATENSCHUTZ IST BÜRGERRECHT



„Das ist eine sehr erfreuliche Bestätigung unserer bislang geleisteten Arbeit. Nach 100 Tagen stellen die Menschen im Land grün - rot ein gutes Zeugnis aus. Dennoch dürfen wir uns auf diesen Zahlen nicht ausruhen. Für uns ist die Umfrage ein Ansporn, den Politikwechsel im Land mit aller Kraft voranzubringen. Die Umfrage zeigt auch, dass der Konflikt um Stuttgart 21 nicht alles andere überschattet. Die Menschen im

Land sind offensichtlich zufrieden mit der grün-roten Landesregierung.“ Gerade die hohe Bekanntheit und die große Zustimmung zur Person des Ministerpräsidenten zeigen aus grüner Sicht, dass es Winfried Kretschmann gelungen ist, ein Aufbruchsignal im Land zu transportieren. 62% der Wählerinnen und Wähler erklärten, sehr zufrieden oder zufrieden mit der Arbeit des Ministerpräsidenten zu sein.